Landkreis Biberach

Satzung

zur Änderung der Satzung über die Erstattung der notwendigen Schülerbeförderungskosten – Schülerbeförderungssatzung (SBS) in der Fassung vom 14.06.2013

Aufgrund von § 3 der Landkreisordnung Baden-Württemberg (LKrO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Juni 1987 (GBl. Seite 288), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. April 2013 (GBl. Seite 55) und § 18 Abs. 2 des Gesetzes über den Kommunalen Finanzausgleich (FAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Januar 2000 (GBl. Seite 14), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 2013 (GBl. Seite 491),

hat der Kreistag des Landkreises Biberach am 26.03.2014 folgende

Satzung zur Änderung der Satzung über die Erstattung der notwendigen Schülerbeförderungskosten – Schülerbeförderungssatzung (SBS) in der Fassung vom 14.06.2013, beschlossen:

Artikel 1: Änderung

Die Satzung des Landkreises über die Erstattung der notwendigen Schülerbeförderungskosten – Schülerbeförderungssatzung (SBS) in der Fassung vom 14.06.2013, wird wie folgt geändert:

§ 18 erhält folgende Fassung:

§ 18 Höhe des Eigenanteils

Der Eigenanteil entspricht

1. der Verbund-Tarifpreisstufe 1 einer Schülermonatskarte für die Schüler der Klassen 5 bis 10 aller Schularten sowie für Schüler mit Vollzeitunterricht des Berufseinstiegsjahres, des Berufsvorbereitungsjahres, des Vorbereitungsjahres Ausbildung und Beruf und der Berufsfachschulen.
2. der Verbund-Tarifpreisstufe 2 einer Schülermonatskarte für Schüler der Klassen 11 bis 13 aller Schularten und alle weiteren nicht in Ziffer 1 genannten Schüler.

Artikel 2: Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.09.2014 in Kraft.

Biberach, den 26. März 2014

Dr. Heiko Schmid
Landrat

Hinweis:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Landkreisordnung für Baden-Württemberg (LKrO) oder aufgrund der LKrO beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 3 Abs. 4 LKrO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber dem Landkreis Biberach geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung

der Satzung verletzt worden sind.